

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945  
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 219      Dienstag, den 20. September 1921      12. Jahrgang

## Der Parteitag der Sozialdemokratie.

### Die Eröffnung des Görlicher Parteitages.

Der Görlicher sozialdemokratische Parteitag (über den wir am Sonntag in der Stadthalle nach einigen musikalischen und rezitatorischen Darbietungen mit einer Begrüßungsansprache des Görlicher Parteiveteranen Hugo Keller eröffnet). Sodann ergriff Hermann Müller im Namen des deutschen Parteivorstandes das Wort. Er wies zunächst auf die bevorstehende Neubildung des Parteiprogramms hin und ging dann auf die innere deutsche Politik ein. Er betonte die Notwendigkeit einer Koalitionspolitik, solange noch keine sozialistische Parlamentsmehrheit bestehe, und geißelte mit scharfer Ironie die von deutschnationaler Seite hochgezückelte Wortatmosphäre und Volkerverhetzung. Eine unabwendbare Notwendigkeit sei die Rückkehr der Sozialdemokratie in die preußische Regierung. Sollte der Weg dazu nicht gefunden werden, so müsse unsere Partei in den Ländern wie auch im Reich in die schärfste Opposition treten. Eine besonders scharfe Abgabe richtete Müller an die Kreise der Landwirtschaft, deren geplanter Vieserungstreik den schärfsten Bürgerkrieg bedeuten und die geschlossene Abwehr aller Land- und Stadtarbeiter zur Folge haben würde.

Außenpolitisch müsse verlangt werden, daß dem demokratischen Deutschland in Oberschlesien endlich sein gutes Recht werde und die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen, die gegen Völkerecht und Versailler Vertrag verstoßen, aufgehoben würden. Nach einem kurzen Hinweis auf das vorliegende neue deutsche Steuerprogramm schloß Müller mit einem starken Appell zur Beschleunigung des ersehnten Zieles der Einigung aller Arbeiter.

Darauf konstituierte sich der Parteitag, und der Parteitagsvorsitzende Otto Wels begrüßte die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen und verlas ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten Genossen Ebert. An den Delegierten Danzigs richtete Wels folgende Worte: „Danzig ist deutsch und wird deutsch bleiben, mögen uns auch die Grenzen trennen! Wenn irgendwo das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt worden ist, so in der deutschen Stadt Danzig. Aber es gibt auch diesen Dingen gegenüber eine Prüfungsinstanz, und diese Instanz heißt in der Weltgeschichte: Entwicklung!“ Nach der Feststellung der Tagesordnung erfolgten die Begrüßungen der ausländischen Delegierten. Die internationale Sozialdemokratie war durch Genossen aus Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Tschechoslowakei, Ungarn, Georgien und Danzig vertreten. Für die Danziger Genossen sprach Genosse Bohn: Ich als Vertreter des deutschen Danzig muß als Ausländer sprechen. (Zuruf: Nicht für immer!) Das Schmachwort des Versailler Friedens hat uns gegen unseren Willen vom deutschen Mutterlande losgerissen, aber die geistige Gemeinschaft kann keine Macht der Welt erschüttern. Wir werden sie pflegen, bis ein die durch Gewalt gezogene Schranken fallen. Der sogenannte Völkerbund unterstützt unsere Vergewaltigung und Kolonisierung. Das Bürgertum raubt uns alle Freiheiten und Rechte. Die Betriebsräte sind abgeschafft. Alle Sozialdemokraten werden aus öffentlichen Ämtern entfernt. Der Sieg der deutschen Sozialdemokratie wird auch unser Sieg sein.

Der erste Sitzungstag fand am Montag statt. Der Vorsitzende Wels erteilte nach Eröffnung der Sitzung sofort das Wort dem Genossen Moskalew zu einem Bericht über die Arbeiten der Programmkommission. Nach seinen Ausführungen wurden einstimmig folgende Genossen in die Programmkommission gewählt: Eduard Bernstein, Dr. Adolf Braun, Otto Braun, Heinrich Cunow, Eduard David, Eckstein-Preslau, Gertrud Hanna, Else Hoefs, Hellmann-Hamburg, Marie Juchacz, Wilhelm Keil, Max Leuterich, Paul Löbe, Hans Marquardt-Frankfurt, Hermann Mollenbuhr, Hermann Müller-Nichtenberg, Max Quark, Albert Pfäffer-Stuttgart, Antonie Rühl-München, Dr. Gustav Radbruch, Georg Schmidt, Robert Schmidt, Sendemith-Zwickau, Wilhelm Sellmann, Friedrich Stampfer, Willi Steinkopf, Heinrich Ströbel und Rudolf Wisell.

Den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes erstattete Franz Krüger. Er wies darauf hin, daß der vorübergehende Erfolg, den die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen bei den letzten Reichstagswahlen davontrugen, bereits den Keim der künftigen Niederlage in sich barg und die Gesundung und Stabilisierung der sozialdemokratischen Bewegung weiter erfreuliche Fortschritte mache. Wir müssen an Stelle einer Politik hochtönender Reden und leerer Agitation jede einmal errungene Machtposition festhalten und verteidigen, und eine solche ist in erster Linie die Republik.

Der Aufschwung unserer Mitgliederzahl und die innere Festigkeit unserer Organisation haben weiter zugenommen. Die Einigungsbewegung macht große Fortschritte, aber der Gegensatz zwischen dem Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen und der Notwendigkeit praktisch politischer Arbeit ist unüberbrückbar. Die Hauptbifferenz bedeutet die Frage der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien. (Fortsetzung folgt in der Mittwoch-Ausgabe.)

### Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbunde.

Genf, 19. Sept. Den Mitgliedern des Völkerbundsrates und der Versammlung ging heute der Bericht der Kommission für Abrüstungsfragen zu, die auf Vorschlag der letztjährigen Versammlung eingesetzt wurde. In dem ausführlichen Bericht verdienen vor allem die politischen Betrachtungen über Deutschland Interesse. Sie versuchen den Nachweis zu führen, daß die heutige politische Lage eine Abrüstung sehr schwierig macht. Als der Entwurf ausgearbeitet wurde, so heißt es wörtlich, rechnete man damit, daß alle Völker Mitglieder derselben Vereinigung sein würden. Diese Bedingungen sind nur teilweise erfüllt. Drei große Mächte, von denen zwei potentiell über große militärische Machtmittel verfügen, gehören dem Völkerbunde nicht an. Solange aber die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland am Völkerbunde nicht teilnehmen, wird es für seine Mitglieder heute schwierig sein, gemeinsam einen separativen und fortschreitenden Abrüstungsplan über einen vollständigen und gleichzeitigen Austausch über militärische Nachrichten vorzunehmen. Als einzigen wirklichen Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung führt der Bericht die durch die Friedensverträge gemachten Staaten aufgezwungenen Abrüstungen an. Der Bericht befaßt sich an verschiedenen Stellen mit der Abrüstung Deutschlands. In dem Berichte der zweiten Unterkommission über das Untersuchungsrecht des Völkerbunds heißt es: Man kann praktisch an das Abrüstungsproblem kaum herantreten, wenn man sich nicht vorher darüber versichert, daß alle in den Verträgen vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig und loyal durchgeführt sind, und erst wenn auf diese Weise Sicherheit geschaffen ist, kann die allgemeine Abrüstung ins Auge gefaßt und sichergestellt werden.

### Auch Polen bleibt in der Wilna-Frage unverständlich.

Genf, 19. Sept. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates erklärte der polnische Delegierte Astenazy, daß er den Vermittlungsvorschlag von Hymans-Belgien in der Wilnaer Frage nur als Verhandlungsbasis betrachten könne. Der litauische Vertreter Galwanowas hob hervor, daß die Einigung infolge der Besetzung des Wilnaer Gebiets durch General Jeligowski erschwert sei. Er forderte die Entsendung der polnischen Truppen. Hymans-Belgien war sichtlich bemüht, den Delegierten nahezu legen, Konzessionen zu machen. Astenazy vertrat jedoch noch einmal mit äußerstem Nachdruck den polnischen Standpunkt. Die öffentliche Sitzung wurde sodann abgebrochen und die Aussprache über den Konflikt auf eine spätere Sitzung verschoben.

### Rahr lehnt ab.

München, 19. Sept. Der zurückgetretene Ministerpräsident v. Rahr hat der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt, daß er das Anerbieten dieser Partei, sich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen, nicht annehmen könne.

Was von dieser Erklärung zu halten ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Neubildung der bayerischen Regierung eine vollendete Tatsache geworden sein wird. Bileitlich sind aber Herrn v. Rahr die Trauben inzwischen sauer geworden, weil sie ihm zu hoch hängen.

Aus Parlamentstreifen erfährt das „Berl. Tagebl.“, daß Mitte voriger Woche mehrere maßgebende Mitglieder des bayerischen Landtags in Berlin eintrafen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten, sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert. Vor allem handelte es sich darum, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß die bayerischen Gegenvorschläge in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches bedeuten und deshalb nicht annehmbar erscheinen. Andererseits erklärte er seine Bereitschaft, neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben danach am Sonnabend Berlin wieder verlassen.

## Die Friedensverbrecher.

Von Viktor Schiff.

Alle vierzehn Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms sind in Versailles mit Füßen getreten worden, angefangen mit dem ersten Punkt, der die Abschaffung der Geheimdiplomatie bezweckte und die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen verlangte. Wirkliche Verhandlungen hat es bekanntlich in Versailles nicht gegeben, sondern lediglich ein Deutschland ausgezwungenes System von schriftlichen „Bemerkungen“, durch das man Deutschland absichtlich die Möglichkeit nehmen wollte, die Mäleren von den zahlreichen Ungerechtigkeiten des überreichten Entwurfes zu überzeugen. Verhandlungen im wahren Sinne des Wortes haben lediglich unter den Delegierten der Mäleren, ja, man könnte sogar sagen, lediglich zwischen den Mitgliedern des Obersten Rates stattgefunden. Diese Verhandlungen, die nicht in Versailles, sondern in Paris während des ganzen Winters und Frühjahres 1919 gepflogen wurden, sind streng vertraulich gewesen, so daß die Welt niemals erfahren würde, wie mit ihrem Schicksal damals gespielt wurde, wenn nicht einige der Hauptaktoren dieses Kulissspiels inzwischen das Bedürfnis empfunden hätten, die Flucht in die Öffentlichkeit zu ergreifen. Nacheinander haben Keynes, Baruch, Lansing, Oberst House, André Tardieu das Wort ergriffen, um zu „enttuschen“. Ihre Beweggründe sind allerdings von einander grundverschieden: Keynes und Baruch wollten ihr Gewissen befreien, wollten auch nicht durch ein längeres Schweigen zu Mitschuldigen am Versailler Verbrechen werden; Lansing wollte Wilson blamieren, mit dem er sich unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages vertracht hatte, während House wiederum, als treuer Freund Wilsons, Lansing ins Unrecht setzen wollte; Tardieu endlich wollte gegenüber der wachsenden Unzufriedenheit der französischen öffentlichen Meinung gegen den Versailler Vertrag die Haltung der französischen Friedensdelegierten rechtfertigen, d. h. vor allem Clemenceau und sich selbst. Aber gleichviel, von welchem Gesichtspunkt aus die einzelnen Staatsmänner enttuschen, letzten Endes beweist ihr Publikationseifer nur, daß sie alle mit dem Werke, an dessen Entstehung sie beteiligt waren, höchst unzufrieden sind.

Nun hat in den letzten Tagen in den Spalten des Pariser „Temps“ eine Polemik zwischen zwei von den Hauptvertretern der französischen Politik in der Zeit der Pariser bzw. Versailler Verhandlungen eingesetzt, die möglicherweise weitere Kreise ziehen könnte, und die schon jetzt lebhaftes Aufsehen in Frankreich erweckt.

Der frühere Präsident der französischen Republik Poincaré hatte in einem ersten Artikel bedauert, daß Frankreich bei den Friedensverhandlungen sich darauf eingelassen habe, die Dauer der Besetzung des deutschen Insovereignen Gebietes grundsätzlich auf fünfzehn Jahre begrenzen zu lassen. Man habe zwar die Klausel hinzugefügt, daß, falls Deutschland bei Ablauf dieser Frist seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, die Besetzung fortbauern könnte, aber dies könne nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Alliierten geschehen, und man sehe jetzt schon, nach zwei Jahren, wie schwer es sei, gemeinsame Beschlüsse der Mäleren gegen Deutschland durchzusetzen. Und was das militärische Defensivbündnis, das damals mit England und den Vereinigten Staaten vereinbart worden sei, anbetreffe, so sei es bald nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages vollständig ins Wasser gefallen. So besäße Frankreich, durch die Schuld seiner damaligen Friedensdelegierten, keinerlei „Garantien“ mehr gegenüber einem zahlungsunwilligen Deutschland.

Darauf antwortete prompt der getreue Eckart Clemenceaus, André Tardieu: Wie? Durch unsere Schuld? Aber Ihr wißt offenbar nicht, was wir zuerst verlangt hatten. Und nun veröffentlicht Tardieu ein Memorandum, das er am 12. März 1919 namens der französischen Regierung den Alliierten unterbreitet hatte, und in dem er nicht weniger als die sofortige und restlose Abtretung des gesamten linken Rheinuferes durch Deutschland und die Bildung eines oder mehrerer unabhängigen rheinischen Staaten unter dem „Protectorat“ des Völkerbundes und mit interallierter militärischer Besetzung gefordert hatte! Unermülich hätten Clemenceau und er versucht, die Zustimmung der übrigen Alliierten zu diesem Plane zu erlangen. Aber Wilson habe geschwiegen und England sich unnahegiebig absehnend verhalten. Es sei schon ein großer Erfolg ihrer Hartnäckigkeit gewesen, daß Lloyd George überhaupt einer interallierten Besetzung zugestimmt habe. Im übrigen vertritt Tardieu den Standpunkt, daß die Besetzung keineswegs mit Ablauf der 15 Jahre aufhören müsse, denn durch das Nichtzustandekommen des geplanten und vereinbarten Defensivbündnisses mit England und Amerika sei eine der wichtigsten Garantien in Fortfall gekommen, die Frankreich als Ersatz für die Preisgabe des Rheins als Westgrenze Deutschlands zugesichert worden wären.

Auf diese Auslassungen antwortet nun wiederum Voincaré mit heftiger Fronte, er habe als Staatsoberhaupt zwar keinen direkten Anteil an den Verhandlungen nehmen können, aber er habe dennoch in mehreren Briefen und Exposé an Clemenceau all dies vorausgesagt, was jetzt eingetroffen sei, und ganz bestimmte Vorschläge gemacht, um dem vorzubeugen. So habe er u. a. energisch vor irgendeiner zeitlichen Begrenzung der Besetzung gewarnt und angeregt, die Frage überhaupt offen zu lassen, und die rasche Erfüllung des Friedensvertrages als Vorbedingung einer Räumung angeregt.

Dieses Bekenntnis zweier schöner Seelen, die sich gegenseitig vorwerfen, nicht imperialistisch, militaristisch und anerkennend genug gewesen zu sein, ist wohl das Tollste, was man seit dem Diktat von Versailles über dessen Entstehung erfahren hat. Wir hoffen, daß sich beide Herren weiter gegenseitig „enthüllen“ werden, damit endlich die Wahrheit über Versailles ans Licht komme und die Völker der Erde an der Hand dieser einwandfreien Zeugnisse erkennen, was Geistes Kinder die Männer waren, die über ihr Schicksal damals zu entscheiden hatten. Diese Auseinandersetzung zwischen den hauptsächlichsten Friedensverbrechern ist letzten Endes die beste Propaganda für die so notwendige Revision des Versailler Frevels.

## Die amerikanischen Bergarbeiter fordern die Sozialisierung der Bergwerke.

Zur Frage der Nationalisierung der Bergwerke in den Vereinigten Staaten bringt „Labor“ folgenden Artikel: Alle Bergarbeiter sind überzeugt, daß das jetzige System der Betriebsführung vollständig falsch ist. Dreiviertel der im Bergbau beschäftigten Arbeiter sind arbeitslos zu einer Zeit, wo die Bergwerke mit aller Energie daran arbeiten sollten, den Bedarf für den kommenden Winter zu decken. Diese Sachlage bringt es den Bergarbeitern deutlich zum Bewußtsein, daß nur Nationalisierung oder Verstaatlichung der Bergwerke die Lösung der Arbeitslosenfrage bringen wird. Unter dem gegenwärtigen System leiden sowohl die Arbeiter wie die Konsumenten, während die Eigentümer nur die Preise zu erhöhen brauchen, um während einer Depression entstehende Verluste wieder wettzumachen. Der Vertreter der vereinigten Bergarbeiter in Washington, W. S. James, erklärte, daß auf dem Kongreß in Indianapolis am 30. September über Nationalisierung gesprochen werden wird, und zwar auf Initiative des Vorstandes oder der Programmkommission (Policy Committee) der vereinigten Bergarbeiter, deren Vorsitzender John L. Lewis ist. Außerdem machte James noch folgende Mitteilungen: Die Bergarbeiter sind jetzt weniger als zwei Tage in der Woche beschäftigt und verdienen wöchentlich im Durchschnitt nicht einmal vierzehn Dollars. Die Arbeitslosigkeit war noch nie so groß im amerikanischen Bergbau. Selbstverständlich ist durch diese Verhältnisse die Verstaatlichung und Demokratisierung der Bergwerke ein aktuelles Problem geworden. Man erwartet von ihr eine Stabilisierung der Kohlenproduktion und dadurch eine Verbilligung der Preise. Alle Forderungen von Seiten der Unternehmer, die Löhne zu reduzieren, wurden von dem Vorsitzenden des Verbandes Lewis im Namen der Bergarbeiter abgelehnt. Die Lohnabkommen, die abgeschlossen worden sind, erbischen erst am 31. März 1922. Der bevorstehende Bergarbeiterkongreß wird vorbereitende Maßnahmen für einen nationalen Streik der Bergarbeiter treffen

für den Fall, daß die Unternehmer den Versuch machen, beim Ablauf der bestehenden Abkommen im nächsten März die Löhne herabzusetzen. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter war sehr niedrig. Während der letzten vier Jahre gestiegenen Lohnverhältnissen (schon im Bergbau). Alle im Bergbau Beschäftigten sind dem Verband der vereinigten Bergarbeiter angeschlossen. Ein Streik bedeutet daher vollständige Stilllegung der Betriebe.

## Die Amsterdamer Internationale im Jahre 1921.

Die Mitgliederanzahl der Internationalen Berufssekretariate, die den Sitzpunkt der Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdams vertreten, war im Jahre 1921 die folgende:

|  |           |
|--|-----------|
| Metallarbeiter                           | 4 600 000 |
| Transportarbeiter                        | 2 713 403 |
| Bergarbeiter                             | 2 014 215 |
| Fabrikarbeiter                           | 2 409 800 |
| Landarbeiter                             | 2 097 033 |
| Textilarbeiter                           | 1 604 000 |
| Privatangestellte                        | 843 000   |
| Bauarbeiter                              | 804 004   |
| Holzarbeiter                             | 800 000   |
| Schneider                                | 590 500   |
| Post-, Telegraph- u. Telephonangestellte | 522 250   |
| Oeffentliche Betriebe                    | 473 142   |
| Lebendarbeiter                           | 343 507   |
| Lebens- und Genussmittel                 | 306 306   |
| Buchbinder                               | 261 208   |
| Kaffeehaus- und Hotel-Angestellte        | 245 950   |
| Steinarbeiter                            | 162 050   |
| Buchdrucker                              | 160 000   |
| Tabakarbeiter                            | 152 300   |
| Glasarbeiter                             | 147 500   |
| Zimmerer                                 | 92 462    |
| Maler                                    | 83 333    |
| Hutmacher                                | 46 859    |
| Lithographen                             | 40 698    |
| Diamantarbeiter                          | 24 500    |
| Frisiergehilfen                          | 18 500    |
| Kürschner                                | 14 588    |
| Löpfer                                   | 12 126)   |

23 182 915

\*) Diese Zahl bezieht sich nur auf einige Länder, nämlich Deutschland, Dänemark und Schweden. Ueber die Mitgliederzahl in anderen Ländern können noch keine Angaben gemacht werden.

## Kraffin über Rußlands Auslandshandel und Auslandsschulden.

D. E. In seiner Rede auf der Moskauer Verkehrskonferenz erklärte Kraffin u. a., Sowjetrußland verfüge z. Bt. über keinen Exportfonds. Die Reste, die noch vorhanden seien und für den Export in Frage kämen, seien im ganzen Lande verstreut und müßten erst gesammelt werden, wofür Zeit, Transportmöglichkeiten und Lagerräume erforderlich seien. Auch die Preissetzung für Rohstoffe auf dem Weltmarkt sei infolge der allgemeinen Indu-

allerdings so hoch, daß bisher nur wenige solcher Schulen errichtet werden konnten. Zudem sind es in der Hauptsache solche, die fast ausschließlich Führer und beamtete Mitglieder als Hörer hinzuziehen. Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und die Gewerkschaftskurse am staatswissenschaftlichen Institut in Münster sind bisher die einzigen ständigen Wirtschaftsschulen dieser Art.

So segensreich diese Art der Führerschulung auch für die Gewerkschaftsbewegung ist, der tatsächliche Einfluß, den sie auf das geistige Leben und auf das volkswirtschaftliche Verständnis in den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen ausüben können, ist nur gering. Nicht nur Führer gilt es zu schulen. Welche Rolle spielt der Führer, wenn die Mitglieder seines Verbandes seine Handlungen und seine Unterlassungen nicht nach ihren Bedingungen verstehen und würdigen können? Manche unnütze und schädigende Reibung in den Gewerkschaften würde wegfallen, wenn ein gegenseitiges Verständnis heute schon vorhanden wäre. Die Führerschule muß ergänzt werden durch eine ebenso intensive und gründliche Ausbildung der sogenannten „Masse“.

Hierbei taucht die Frage auf, wo ist die Grenze zu ziehen zwischen diesen beiden Organisationsfaktoren? Wo hört die Masse auf und wo beginnt das Führertum? Als Führer allein diejenigen zu bezeichnen, die in den gewerkschaftlichen Bureaus als Angestellte sitzen, wäre verfehlt. Zweifellos befindet sich unter den nicht beamteten Mitgliedern einer jeden Gewerkschaft eine große Anzahl von Kollegen, deren organisatorische und geistige Fähigkeit eben so groß sind, manchmal größer, als die der beamteten Kollegen. Sie besitzen also Führereignung und viele von ihnen werden oftmals auch in ehrenamtlicher Eigenschaft Führertätigkeit ausüben. Umgeben ist es nicht ausgeschlossen, daß es beamtete Mitglieder gibt, deren Fähigkeiten die der „Masse“ nicht übersteigen. Außerdem befindet sich in ihr der Teil des hberächtigen Nachwuchses, der führerüberlastet ist, aber noch nicht hervortreten konnte, weil ihm dazu die Möglichkeit und Erfahrung fehlte.

Das Projekt der wirtschaftlichen Schulung darf an solchen Betrachtungen weder scheitern, noch dadurch in seiner Ausführung behindert werden. Man wird der Schwingelheit Herr durch die Schaffung einer mehrstufigen Bildungseinrichtung, die zwischen Führern und Mitgliedern nicht werfelt, sondern nach Vorbildung, Veranlagung und Reizung die Hörer auswählt und sie der Unterrichtsklasse zuführt, die ihnen zurzeit am besten ist und ihre Förderung zum Übergang in die nächsthöhere Klasse befreit. Am Anfang jeder gewerkschaftlichen Mittelschule muß also eine von physisch und sachmännlich geeigneten Leuten ausgeübte Lehrberatung stehen. Eine von solchen Voraussetzungen aus

strikt eine überaus ungünstige. Hieran kamen noch die Verluste der ausländischen Kapitalisten, die durch Benzinvorräte, die in Noworossk exportbereit liegen, sowie in London und Berlin ein Preis gestiegen worden, bis zu 60 Prozent des Weltmarktpreises betrug. Kraffin äußerte die Bemerkung, daß auch im unerschöpflichen Fundus der Welt die Meinung durchbringen werde, daß die Welt ein Mittel sei, um das früher geborgene Geld zurückzuerhalten. Es wäre indessen lächerlich, den vollen Betrag der alten Schulden anzuerkennen, während die russischen Schuldscheine auf der Pariser Börse mit 15 Prozent notiert werden. Außerdem wäre die Sicherheit von einer Intervention von selten Finnlands, Polens, Rumaniens usw. eine Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen über die alten Schulden. Die Möglichkeit einer Verständigung über die über sei jedoch nicht ausgeschlossen.

Die deutsche Mark in Litauen. Wie die polnische Zeitung „Nasza Praca“ berichtet hat die litauische Nationalversammlung beschlossen, die deutsche Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in Litauen einzuführen. Das in Litauen gültige Zahlungsmittel war bis jetzt bekanntlich der von der deutschen Militärverwaltung seiner Zeit eingeführte Ostmark (gleich 2 Mark), dessen Kurs bis heute stabil geblieben ist und mit dem Litauen besser gefahren ist, als beispielsweise Lettland, das den Ostmark abwarf, um sich eine eigene nationale Währung anzulegen, die zur Zeit bereits auf einen geringen Bruchteil ihres Nominalwertes gesunken ist.

## Kleine Nachrichten.

Revolverattentat auf Führer der Deutschen Volkspartei. Wie die „Hagener Zeitung“ aus Lüdenscheid meldet, wurde während der gestrigen Abendversammlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch ein Fenster ein Revolverschuß auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abg. Stresemann hatte gerade die Tribüne verlassen und dem Abg. Dr. Hugo den Platz überlassen. Es wurde niemand getroffen.

Briand vermittelt im französischen Textilarbeiterstreik. Der französische Ministerpräsident empfing eine Delegation der Arbeitgeber der Textilbranche aus Roubaix und Tourcoing. Die Arbeitervertreter hatten sich, wie sie mitteilten, Briand zur Verfügung.

Eisenbahnunglück in Norwegen. Ein Sonderzug, der die Teilnehmer bei Eröffnung der Dovrebahn in Norwegen südwärts brachte, stieß aus unbekanntem Ursachen am Südbende des Nidareid-Tunnels mit einem fahrplanmäßigen Zuge zusammen. Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollständig zertrümmert. Sechs Personen fanden den Tod, darunter Telegraphendirektor Hestne, früheres Mitglied der internationalen Kommission in Flensburg. Unter den bei dem Eisenbahnunglück bei Drontheim Getöteten befinden sich drei der bekanntesten Männer Norwegens, nämlich außer dem Telegraphendirektor Hestne noch Oberst Sejersted und Architekt Olofved, unter den Verwundeten Generallieutenant Baudt, der frühere Eisenbahndirektor Jensen und der schwedische Eisenbahndirektor Karhell.

## Gewerkschaften und wirtschaftliche Schulung.

Von Fritz Friede.

Leiter der Betriebsräteschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Groß-Berlins.

Die Macht und der Einfluß, den eine Gesellschaftsschicht innerhalb der Gesellschaft ausüben in dem Maße, wie sie von der Größe und inneren Geschlossenheit der diese Schicht umfassenden Organisation abhängt. Die innere Geschlossenheit, d. h. die zielstrebige Gemeinsamkeit in der Erreichung der Klassenziele ist aber bedingt von der Einsicht in die Bedingungen und Voraussetzungen, die den Organisationen in ihrer Arbeit und in ihrem Kampfe gegeben sind. Die größte und umfassendste Organisation der deutschen Arbeiterschaft ist heute die Gewerkschaftsbewegung. Sie ist durch die Spaltungsbemühungen der letzten Jahre nicht wesentlich geschädigt worden, während die Kampfkräfte der sozialistischen Parteien dadurch aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes sind beeinflusst durch die Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft infolge des Krieges hat der Gewerkschaftsbewegung neue, früher nie gekannte Aufgaben gestellt. Sie hier im einzelnen aufzuführen, wird nicht notwendig sein, da hierüber in keiner gewerkschaftlichen Vereinigung mehr Zweifel bestehen.

Wenn aber die Macht einer Klassenorganisation bedingt ist durch die innere Geschlossenheit in der Erreichung der Klassenziele, so erwächst daraus die Notwendigkeit, 1. die große Masse der Mitglieder mit diesen neuen Aufgaben vertraut zu machen, und 2. ihr die Wege zu weisen, auf denen man ihrer Lösung entgegenstreben muß.

Nun besteht zwar seit geraumer Zeit kein Streit mehr über die Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung sich die dazu erforderlicher Bildungseinrichtungen schaffen muß. Dennoch aber wird — und besonders in letzter Zeit — außerordentlich viel darüber geschrieben und beraten. Allgemein anerkannt wird, daß mit den alten Mitteln der sog. Massenaufklärung, der politisch-gewerkschaftlichen Propaganda, den Vorlesungsreisen vor Hunderten von Zuhörern, gebrochen werden muß. Die Belebung und Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens als Aufgabe der Arbeiterschaft ist so kompliziert und erfordert ein so hohes Maß von Verantwortlichkeit, daß die alten Mittel der Schulung und Aufklärung nicht mehr ausreichen. Fast alle bisher über dieses Thema erschienenen Aufsätze und Schriften fordern sorgfältige Einzelbildung in kleinen Arbeitsgemeinschaften. Die für diese Art der Mitgliederbildung erforderlichen finanziellen Mittel sind

in Angriff genommene Arbeiterbildung ist auch geeignet, vorhandene oder gemachte Reibungen zwischen Mitgliedern und Organisationsleitungen — soweit sie nicht tiefgehender politischer oder weltanschaulicher Art sind — zu vermeiden. Denn nichts fördert das gegenseitige Verständnis mehr, als gemeinschaftliche geistige Arbeit an ein und demselben Stränge.

Einen Versuch nach dieser Richtung hin hat die Berliner freigewerkschaftliche Betriebsräteschule für ihr jetzt beginnendes Herbstsemester unternommen. Sie teilt ihren Gesamtunterrichtsstoff in drei Unterrichtsstufen ein:

1. Unterstufe: Allgemeine Einführungskurse zur sprachlichen und schriftlichen Ausdruckschulung und zur Einführung in die Methoden geistiger Arbeit überhaupt.

Daneben weitere Einführungskurse für Hörer ohne jede Vorbildung auf dem Gebiete der Staats- und Rechtslehre, Gesellschaftslehre, des Marxismus und des Aufgabentrefes des Betriebsrates.

2. Mittelstufe: Nach Stoffgebieten (Arbeitsrecht, Volkswirtschaft, Privatwirtschaft) geordnete Lehrgänge, die jeder einen Ausschnitt aus dem Hauptgebiet behandeln, in mehreren Unterrichtsabschnitten nacheinander gehört, aber das Gebiet nahezu erschöpfen.

3. Oberstufe: Je ein arbeitsrechtliches, volkswirtschaftliches bzw. privatwirtschaftliches Seminar zur Vertiefung und Erweiterung der in der Mittelstufe erworbenen Kenntnisse bis zur völligen Reife.

Selbstverständlich sind zum Zwecke der Einordnung der Hörer Lehrberatungsstunden eingerichtet worden. Sie sind für den Hörer der Oberstufe obligatorisch. Praktisch werden die Seminare als Führerschule wirken. Die Beteiligung daran steht aber jedem offen, der die Vorbildung dazu besitzt. Es ist gleichgültig, ob er Führer im engeren Sinne ist oder nicht.

Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Neugruppierung des Schulstoffes noch um einen Versuch. Er stützt sich aber auf eine Reihe von Erfahrungen, die in den früheren Unterrichtsabschnitten gemacht wurden.

Dieser Berliner Versuch kann natürlich nicht überall richtunggebend sein. Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Schule ist oft im wesentlichen abhängig von den Geldmitteln, die dafür zur Verfügung stehen. Immerhin aber darf die Gewerkschaftsbewegung sich nicht darauf beschränken, nur in führenden Stellen befindliche Mitglieder wirtschaftlich durchzubilden. Sie muß, wenn sie ihre großen wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen will, alle Verbandsmitglieder und zuerst die in den Betrieben gleichsam auf vorgeschobenem Posten wachhaltenden Betriebsräte geistig erheben.

## Danziger Nachrichten.

### Der Kampf um die Eisenbahn.

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir von der Pressestelle des Senats den Wortlaut der Berufungsschrift des Danziger Senats gegen die Entscheidung des Oberkommissars sowie der Untergang der polnischen Regierung. Die Danziger Berufungsschrift ist sehr umfangreich, sie zählt 26 Sachverhaltsaufstellungen und endet zusammenfassend in dem Ersuchen an den Völkerbundrat, die Entscheidung des Oberkommissars in folgenden Punkten abzuändern:

- anzuerkennen, daß die Vorortstrecken Danzig—Goppot und Danzig—Braust sowie die Strecke Simonsdorf—Liegenhof und die Strecken Danzig—Langfuhr—St. Kelpin, Braust—Goppin und Hohenstein—Sobbowitz lediglich den örtlichen Bedürfnissen der Freien Stadt dienen und dieser zuzuteilen sind. (Bei den Linien Danzig—Goppot und Danzig—Braust mit Ausnahme des dem Hafenausschuss zustellenden Streckenabschnitts Danzig Rbz.—Ddz.)
- anzuerkennen, daß grundsätzlich der Hafenausschuss entsprechend dem Artikel 20 der Danzig-polnischen Konvention die Leitung, die Verwaltung und Ausnutzung der ihm unterstehenden Schienenwege auszuüben hat und es dem Hafenausschuss zu überlassen, mit der polnischen Eisenbahnverwaltung zu vereinbaren, welche Teile der Ausführungsarbeiten dieser zu übertragen sein werden.
- Hafenausschuss und Danzig zu verpflichten, ein gegenseitiges Liebereinkommen zu schließen, durch das dem Hafenausschuss die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung der Danzig aufliegenden Strecken übertragen wird.
- Die Eisenbahnhauptwerkstätte der Freien Stadt Danzig zu teilen.
- das Eisenbahndirektionsgebäude dem Hafenausschuss zu überweisen.
- die Zuteilung des Hauptbahnhofes an den Hafenausschuss von der Einschränkung abhängig zu machen, daß dieser verpflichtet ist, die dem Vorortverkehr dienenden Einrichtungen der Freien Stadt zur Verfügung zu stellen.
- die Stellung der Vertreter des Hafenausschusses und der Freien Stadt Danzig in der polnischen Eisenbahnverwaltung in der von Danzig gewünschten Weise zu erweitern.

Die polnische Entgegnung wendet sich gegen diese Forderungen Danzigs, „weil Polen dadurch des freien Zuganges zum Meere beraubt würde“. Auf die Einzelheiten können wir heute leider nicht eingehen. Wenn jedoch die polnische Regierung in ihrer Entgegnung davon spricht, daß der Lokalverkehr auf den Danziger Linien viel besser von der polnischen Verwaltung geleitet werden kann, da diese alle Dienststellen vereinigen könne, so zeigt schon diese kleine Skizze, wie wenig ernsthaft diese polnische „Begründung“ ist. Wie bekannt, finden jetzt zwischen der Danziger und der polnischen Delegation in Genf direkte Verhandlungen über die Eisenbahnfrage statt. Dieselben haben nach den aus Genf erhaltenen Nachrichten bisher jedoch zu keiner Liebereinkommens geführt.

### Die Preistreiberien mit Milch und Butter.

Am Gewerkschaftsausschuss fand gestern Abend eine Versammlung statt, an der der Verein der Milch-, Butter- und Käsehändler einberufen wurde. Es waren auch Vertreter der Käsefabriken, der Verbraucherkommission und Gewerkschaften erschienen. Der Vorstand, Herr Fuhr, gab zunächst einen Überblick über die Milch-

versorgung. Die Landwirte aus der Umgegend verlangen für das Liter Milch 2 Mark! Die Preissteigerung ist blüher. Herr Fuhr hat in a h wie darauf hin, daß die Butterpreise sehr hoch sind und daß dadurch die Milchpreise hochgetrieben werden. Herr Fuhr beweist, daß der Kleinhandelspreis von 2,50 Mark für ein Liter ausreicht sein werde! Zu einem längeren Rede-Zweck kam es zwischen den Milchfirmen Dohm und Walsin, die sich gegenseitig vorwarfen, den Preis der Milch unbillig in die Höhe getrieben zu haben. Der Schluß hiervon war die Erklärung des Vertreters der Firma Dohm, daß diese Angelegenheit an anderer Stelle zum Austrag gelangen wird. In der weiteren Aussprache wurde Amella näher behandelt. Danach ist Amella nicht geeignet, im Freistaat die Milchnot zu lindern. Aus Magermilch wird Milchpulver hergestellt. Dieses Milchpulver wird dann wieder in Magermilch zurück verwandelt. Dann wird Butter hinzugefügt und dadurch Vollmilch hergestellt. Hieraus wird dann Schlagobers bereitet, die dann in die Flasche kommt. Die Butter wird im Freistaat aufgekauft und dabei wird jeder Preis gezahlt. Aus diesem Grunde ist die Butter knapp und teuer geworden. Der hohe Butterpreis steigert wieder den Milchpreis und vermindert das Angebot von Milch. Durch Amella wird also die Milch knapp und teuer. Die Käsefrage spielte ebenfalls eine große Rolle. Aus den Reihen der Kleinhandler sprach man sich dahin aus, daß im Interesse der Volksernährung zum mindesten für Säuglinge, Kranke und schwächliche Personen für den kommenden Winter genügend Milch nach Danzig geschafft werden müßte. Dies wurde schon deshalb gefordert, damit man die zunehmende Schwitterung der arbeitenden Massen nicht noch mehr schüren könne.

Dann wurde die Frage der Käseausfuhr behandelt. Es wurde mitgeteilt, daß im Freistaat etwa 20 000 Zentner Käse lagern. Danzig gebrauche in der Woche etwa 600 Zentner. Die Nachfrage sei also geringer als das Angebot. Der in der Monaten Mai, Juni und Juli bereitete Käse habe sich nicht lange und wenig blau. Er müsse bald verkauft werden. In Danzig werde zu wenig Käse verbraucht. Die Käsebesitzer möchten deshalb einen Teil des Käse nach Deutschland ausführen. Die Milchhändler waren zu Entgegenkommen geneigt. Unter Kontrolle sollte der schlecht werdende Käse ausgeführt werden, zunächst 3000 Zentner. Man hofft, daß die Danziger Bevölkerung den Rest selber verbrauchen werde. Wenn das nicht geschieht, dann solle noch mehr zur Ausfuhr freigegeben werden. Die Verbraucher wurden aufgerufen, kräftig Käse einzukaufen. (Che der Senat die Ausfuhr von Käse freigibt, muß verlangt werden, daß die jetzigen Kleinverkaufspreise erheblich gesenkt werden. Dann wird auch die breite Masse der Bevölkerung eher in der Lage sein, Käse zu konsumieren, was ihr jetzt nicht möglich ist. Bei herabgesetzten Preisen werden die Käsefabriken ihre Bestände zu einem großen Teil im Freistaat absetzen können. In Anbetracht der zum Winter sicherlich eintretenden großen Knappheit an Milch, müßte die Herstellung von Käse überhaupt nur in beschränktem Maße gestattet werden und werden wir die jetzigen Preise dann noch sehr gut gebrauchen. Daß der Käse in größeren Mengen Absatz würde, dürfte übrigens nur eine Fiktion sein, um den Senat für eine Ausfuhrerlaubnis geiziger zu machen. T. B.). Es wurde empfohlen, einen Ausschuss bestehend aus Erzeugern, Händlern und Verbrauchern zu bilden, der Richtpreise festzusetzen hätte, um die Milchpreise etwas zu regeln.

### Keine Danziger Marken als Rückporto beim Postverkehr mit dem Auslande.

Im Postverkehr mit dem Auslande, insbesondere bei Anfragen im Deutschen Reich, werden zur Beantwortung der Schreiben häufig Danziger Briefmarken beigelegt, ohne zu berücksichtigen, daß diese Marken im Gebiete des Deutschen Reiches keine Geltung besitzen. Da somit die Marken ihren Zweck nicht erfüllen, empfiehlt es sich, als Rückporto an Stelle der Freimarke Geldscheine beizulegen.

### Standesamt vom 19. September 1921.

Todesfälle: Invalide Friedrich Buhlert, 60 J., 1 M. — E. d. Arbeiter Paul Schulz, 2 M. — Schneiderin Maria Abramowitsch, 87 J., 5 M. — Geschäftsführerin Meta Pankold, 44 J., 2 M. — Arbeiterin Franziska Wojciechowsk, 59 J., 4 M. — Invalide Heinrich Reppin, 62 J., 1 M. — Maurer Paul Schulz, 49 J., 5 M. — E. d. Arbeiter Hermann Janowski, 11 M. — E. d. Bureauvorsteher Heinrich Müller, 1 Stunde. — Unschuldig: 1 E., 1 T.

## Metallarbeiter-Verbandstag.

In der Freitagssitzung wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. D. U. S. (K. H. E. D.) eröffnete die dritte Rednerfolge. Er erinnerte daran, daß seine Freunde (auch in Stuttgart) gefast haben, auch der neue Posttag würde durch die Gehaltserhöhungen gewinnlos sein, sich auf den Boden der praktischen politischen Gewerkschaftsarbeit zu stellen. Letztendlich gab gestern zu, daß ihr Vorhaben in Stuttgart von G. H. E. D. nicht abgelehnt. (Zurückweisung der Kommunisten bei der Wahl!) Daß die Kommunisten wollen, sind Eisenarbeiter für die Gewerkschaften. Die Kommunisten haben unverantwortlich an der deutschen Gewerkschaft gearbeitet. Wir hätten in Deutschland keine Einzelgewerkschaften, keine Stahlhütten-Organisationen, keine... (Stärkung der Unterbrechung bei den Kommunisten.) Die Dinge ständen in Deutschland besser, wenn ihr (zu den Kommunisten) den Namen der Arbeiter-Gewerkschaft nicht beseitigt hätten. Solange die Kollegen der kommunistischen Partei sich nicht frei machen von Richtlinien, die sie von außerhalb der Organisation stehenden Personen über Kollegen bekommen, solange wird ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich sein. Die von der U. S. E. D. eingebrachte Resolution macht viele Worte, enthält aber nichts, was als Programm angesprochen werden kann. In unserer Resolution sind die notwendigen Forderungen (klar) und dringlich aufgestellt. Sie stellt den Boden dar, auf den die beiden sozialistischen Fraktionen treten können. (Beifall.)

A. G. L. E. H. (H. B.): Bei einigermaßen gutem Willen wäre ein gemeinsames Vorgehen beider sozialistischer Richtungen möglich gewesen. Die beiden sozialistischen Richtungen sollten in großen Fragen geschlossen vorgehen. (Beifall!) (Zurückweisung der U. S. E. D.?) Wir haben die Demokratie nicht abgelehnt. Wir glauben nur nicht daran, daß die Demokratie allein mit dem Sozialismus bringt. Wir wünschen, daß der Sozialismus ohne Anwendung von Gewalt durchgeführt wird. Wir wollen aber alle Mittel anwenden, um vorwärts zu kommen auf dem Wege zum Sozialismus. Die Einigung mit auch mit den Kommunisten kommt. Sie wird eintreten, wenn sie sich von Sowjetland trennen.

B. A. H. (H. B.): Der Verbandstag muß klipp und klar feststellen, wie weit es möglich ist, einen einheitlichen Weg zu markieren. Die Resolution der U. S. E. D. richtet ihre Spitze gegen die Kommunisten. Der beste Vertreter der Zusammenfassung der Organisation auch außerhalb der Organisation war Thumann. Er wird nicht behaupten können, daß wir auf diesem Gebiet sehr eng, sehr gemeinschaftlich zusammengekommen haben, daß nicht nur eine Gruppe innerhalb des Verbandes, sondern auch Parteigänger außerhalb des Verbandes mitgeholfen haben. Der kommende Verband muß Toleranz allen gegenüber den politischen Auffassungen der Verbandskollegen.

Nach P. H. (H. B.): Der am geschicktesten von den U. S. E. D. Rednern gesprochen hatte, folgte die allgemeine Debatte mit 10 Minuten Redezeit. Die Redner sprachen über die Bedeutung der Organisation. Das Wort wurde fast ausschließlich erfüllt. (Beifall!) (U. S. E. D.) wünscht, daß der Verband sich mehr der Jugend- und Beschäftigtenfrage annimmt. Peterlen-Schmurgel (U. S. E. D.) bekräftigt die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. Der Verband müsse mit allen Mitteln den Treiben der Beschäftigten einen Raum lassen. (Beifall!) (U. S. E. D.) sagte, es sei erfreulich, daß die Resolution der U. S. E. D. nicht von dem Weg nach Moskau spreche.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet.

A. B. R. (H. B.): Berlin (U. S. E. D.) drückt hierauf einen Antrag ein, nach der Vertreter aller drei Fraktionen verbunden sollten, eine gemeinschaftliche Resolution durchzuführen. (U. S. E. D.) Berlin (U. S. E. D.) und Reich-Berlin (U. S. E. D.) werden dagegen. (Beifall!) (U. S. E. D.) ist mit der U. S. E. D. nicht große Beifall für den Antrag. Der Antrag wurde mit 10 mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Düssmanns Schlußwort.

Düssmann ging zunächst auf Einzelvorwürfe ein, um dann zu den großen Fragen Stellung zu nehmen. Die Zeit wurde knapp.

## „König Kohle.“

Roman von Horton Sinclair.  
(Fortsetzung.)  
Cartwright ward kaum ab, als sich ein Schritt zu ihm wandte. „Was ist das?“ — rief Edward hastig ein — „derlei Rede hat keinen Sinn.“  
Die ganze Welt ist sein Publikum — fuhr Gal unbeeinträchtigt weiter. — „Er spielt die unglücklichste Rolle — dabei tragen er und seine Schauspielerei solche ernste Gesichter zur Schau!“  
„Herr Cartwright!“ — sagte Edward würdevoll — „ich hoffe, Sie wissen, daß ich mein möglichstes getan habe, um meinen Bruder zu unterstützen.“  
„Natürlich, Herr Warner, und ich meinerseits habe auf Ihren Fehler die größte Rücksicht genommen.“  
„Schon wieder!“ — rief Gal — „Dieser Schauspieler ist ein Feind!“  
„Wann, wenn du geschäftlich mit Herrn Cartwright...“  
Seine Rücksicht hat sich darin geäußert, daß er mich nachts von seinen Altkleidern überfallen, aus der Hölle schleppen, mich fast den Arm brechen ließ! Dies ist wirklich komisch!  
Cartwright versuchte zu reden, doch wandte er sich nicht an Gal, sondern an Edward — „Damals...“  
Seine Rücksicht hat sich darin geäußert, daß er mich ins Gefängnis warf, mich dort zwei Nächte und einen Tag bei Wasser und Brot festhielt. Kannst du dir etwas Späherhafteres vorstellen?“  
„Damals mußte ich nicht...“  
„Daß er in seinem Brief meinen Namen fälschte, das Schreiben in der ganzen Grube verbreitete ließ, Schändlich — und das ist das Übermaß!“ — daß er einem Reporter mitteilte, ich hätte ein Mädchen verführt.“  
Der Oberaufseher ward noch röter. „Nein!“ — rief er. „Wie?“ — schrie ihn Gal an — „Sie haben nicht Billy Reating von der „Gazette“ erzählt, ich hätte im Nord-Tal ein Mädchen verführt! Geben ihm nicht das Mädchen beschrieben — das tothaarige Irlandsdind?“  
„Ach sagte bloß, Herr Warner, daß mir gewisse Gerüchte zu Ohren gekommen...“  
„Gewisse Gerüchte, Herr Cartwright? Die Gewissheit wird wohl nur in Ihrem Kopf entstanden sein. Sie haben Herrn Reating klar und ausdrücklich mitgeteilt, daß...“  
„Ach habe es nicht!“ — behauptete der andere. „Ich werde es Ihnen sofort beweisen.“ Gal streckte nach dem Mann den schreibstillschreibenden Telephon die Hand aus.  
„Was willst du tun, Gal?“  
Billy Reating anzurufen, damit er dir seine Erklärung wiederhole.“

„Tun was? Zeug, Gal!“ — rief Edward. — „Was liegt mir an Reating's Erklärungen! Du weißt doch, daß Herr Cartwright damals nicht wissen konnte, wer du bist.“  
Cartwright beugte sich nach dieser Stelle zu greifen. „Freilich, Herr Warner, Ihr Bruder kam her, gab sich für einen Arbeiter aus.“  
„O!“ — rief Gal — „das also ist es! Sie halten es für richtig, Arbeiter zu verleumdern?“  
„Sie waren lange genug hier, um die Moral dieser Leute kennen zu lernen.“  
„Ich war lange genug hier, Herr Cartwright, um zu wissen, daß, wenn es sich um Fragen der Moral handelt, Sie den Anfang bei den Aufsehern und Polizisten machen müßten, die Sie einsehen und denen Sie gestatten, die Frauen...“  
Edward unterbrach ihn: „Gal, es hat wirklich keinen Sinn, so zu sprechen. Wenn du hier etwas Geschäftliches abzumachen hast, so lang um Gotteswillen damit an.“  
Gal rang um Selbstbeherrschung. Er kam auf die Streifenfragen zurück, bemerkte jedoch gar bald, daß nun der Oberaufseher am Rande der Selbstbeherrschung angelangt war. „Ich habe Ihnen bereits meine Entschlossenheit“ — erklärte er — „und weigere mich, auf eine weitere Diskussion einzugehen.“  
„Gut!“ — entgegnete Gal — „da Sie dem Abgesandten Ihrer Leute nicht gestatten, rein geschäftlich mit Ihnen zu verhandeln, so teile ich als Individuum Ihnen mit, daß jedes andere Individuum in der Grube sich weigert, für Sie zu arbeiten.“  
Dieser ausgesuchte Sarkasmus verschleifte, auf den Oberaufseher einen Eindruck zu machen. „Ich kann Ihnen bloß sagen, Herr Warner, daß morgen die Arbeit in Schicht 2 wieder aufgenommen wird und daß jeder, der sich weigert, an die Arbeit zu gehen, noch am gleichen Tage den Conon hinter sich geschickt wird.“  
„So rasch, Herr Cartwright?“ Die Leute haben von der Gesellschaft die Häuser gemietet, und Sie dürfen wissen, daß laut des Mietkontraktes eine dreitägige Abmahnungsfrist erforderlich ist.“  
Cartwright beging die Unwissenheit, sich in eine Diskussion einzulassen; er mußte, daß Edward zuhören, wollte sich vor ihm rechtfertigen.  
„Die Leute werden nicht von der Gesellschaft entlassen, sondern von den städtischen Autoritäten ausgewiesen werden.“  
„An denen Spitze Sie stehen?“  
„Zufällig bin ich zum Vizepräsidenten der des Nord-Tals gewählt worden.“  
„Nun haben Sie als Bürgermeister des Nord-Tals meinem Bruder zu verhelfen gegeben, daß Sie mich hinauswerfen werden?“  
„Ich hat Ihren Bruder, er möge Ihre Worte vertrauen lassen.“  
„Und machten ihn klar, daß ich, falls ihm das nicht gelänge, hinausgeworfen würde?“  
„Ja, das stimmt!“

## Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt  
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hahergaass 5.

Der Grund, den Sie für Ihr Vorhaben angegeben, sind technische Instruktionen von Herrn Peter Cartwright. Darf ich fragen, welche Stelle im Gemeinderat Herr Cartwright bekleidet?  
Cartwright sah den begangenen Fehler ein. „Ihr Bruder hat mich mißverstanden“ — bemerkte er verständlich zu Edward.  
„Galt du ihn mißverstanden, Edward?“  
Edward war höchst empört zum Fenster geschritten, hatte nun auf Antwortverweigerung und Aldenhauten hintrat und wollte sich nicht umdrehen. Doch mußte der Oberaufseher, daß er ihren Worten lausche, und wollte den Fehler wieder gut machen. „Junger Mann!“ — sagte er — „Sie haben sich wider verächtliche lokale Gesetze vergangen.“  
„Gibt es ein Gesetz, das die Organisation einer Gewerkschaft verbietet?“  
„Nein, aber eines, das das Halten von Reden auf der Straße verbietet.“  
„Darf ich fragen, wer dieses Gesetz erlassen hat?“  
„Der Gemeinderat.“  
„Der aus Johnson, dem Polizeibeamten und Warenausgaben, aus Ellison, dem Buchhalter der Gesellschaft, Strauß, dem Schachspieler, und Bellaham, dem Schachwirt, besteht? Stimmt meine Liste?“  
Cartwright gab keine Antwort.  
„Und das fünfte Mitglied des Gemeinderats sind Sie selbst, er officio — Herr Ernst Cartwright, Bürgermeister und Oberaufseher der Gesellschaft.“  
Der andere schwieg noch immer.  
„Sie haben ein Gesetz, das das Halten von Reden auf der Straße verbietet — und alle Schauhäuser, Miethäuser, die Kirche und die Schule gehören der Gesellschaft. Wo sollen denn die Bürger ihre Versammlungen abhalten?“  
„Sie geben einen guten Vorschlag, junger Mann; wir hier wissen genau, was Sie unter „Reden“ verstehen.“  
„Sie sind gegen Versammlungen der Bürger?“  
„Wir halten es für unmöglich, den Mitglidern die Möglichkeit zu geben, unsere Angelegenheiten anzuhören.“  
„Darf ich Sie fragen, Herr Cartwright, ob Sie wohl als Bürgermeister einer amerikanischen Gemeinde oder als Oberaufseher einer Kohlengrube sprechen?“  
Cartwright schied sich wieder immer röter und röter; er wandte sich an Edwards Rücken. „Ich sehe nicht ein, was bei dieser Unterredung herauszukommen soll.“  
Nach Edward war dieser Ansicht, er drehte sich um. „Wirklich, Gal...“  
„Edward, dieser Mann beschuldigt mich, das Gesetz übertreten zu haben. Hoff du bis jetzt in unserer Familie verbrecherische Anlagen bemerkt?“  
(Fortsetzung folgt.)

...bah der Vorstand bei Aufstellung im Verband eine Richtung be-  
zogen, sei unbedeutend. In der Frage der Ausschüsse aus dem  
Verband habe der Vorstand recht getan. Es ist planmäßig, mit  
Methode, daran gegangen worden, eine Organisation innerhalb der  
Organisation zu schaffen. Das Verbandsgesetz ist in hundert  
Fällen von den Kollegen der SPD. geschädigt worden.

### Millionen an Unterstützungen hat uns das Treiben der SPD. geleistet.

Das Schlimmste ist aber, daß dadurch die Widerstandskraft der  
Kollegen gegenüber den Unternehmern geschwächt worden ist. Gegen-  
über den Ausführungen von Brach möchte ich sagen: Wer von den  
Kollegen der SPD. ist eingegangen auf die Streikfrage Maslow oder  
Kunze? Wer ist eingegangen auf die Beschimpfungen, wir  
sind „gelb“? Warum nicht, weil man es auf dem Verbandstag  
gar nicht wagen kann! (Stärker Zustimmung.)

Wenn die Gewerkschaften beschimpft werden, haben wir die  
Pflicht, unsere Lebensarbeit zu verteidigen. (Sehr richtig!) Wer  
von den kommunistischen Rednern ist eingegangen auf das Treiben  
bei der Werftarbeit, ebensowenig! Niemand! Tausende von Kollegen  
sind durch eine Treiben auf der Strecke geblieben. Gegenüber  
den Ausführungen von Brach will ich sagen: Ich möchte nicht Ein-  
seitigkeit der letzten Jahre aufzuweisen und dadurch das dünne Band  
des Zusammenkommens wieder zerreißen. (Sehr richtig!) Tarif-  
gemeinschaften haben mit Arbeitsgemeinschaften nichts zu tun. Die  
Möglichkeit von Lohn- und Arbeitsfragen gehört nicht zu den Auf-  
gaben der Arbeitsgemeinschaft, das haben prorogierte Vertreter  
der Arbeitsgemeinschaften anerkannt. Trotzdem wird heute in den  
Arbeitsgemeinschaften über Lohnfragen verhandelt. Wenn man den  
Arbeitsnehmern hohe Preise zubilligt, um eine Erwerbslosigkeit zu be-  
kommen, so ist dies keine Vertretung der Arbeiterinteressen. (Sehr  
richtig!) Wenn die Arbeiterbestände eine Einrichtung der Regie-  
rung ist, dann können wir dort mitarbeiten. (Na also!) Die Not-  
wendigkeit, im Eisenwirtschaftsbund mitzuarbeiten, haben wir an-  
erkannt. Ich habe nie gesagt, der Sozialismus sei von heute auf  
morgen zu verwirklichen. Wir können aber mit dem Sozialismus  
nicht warten, bis der letzte Mann befehligt ist. Deutschlands öcono-  
mische Entwicklung ist erst, um von dem Proletariat umgewandelt  
werden zu können zu einer sozialistischen Wirtschaft. (Sehr rich-  
tig!) Ich habe immer gesagt, daß wir uns auf den Boden der  
ökonomischen Tatsachen stellen müssen. Voraussetzung für den Sieg  
des Proletariats ist, daß es all seine Kräfte geschlossen zusammen-  
faßt. Wir müssen uns näherkommen; das kann geschehen auf dem  
Boden proletarischer Geschlossenheit, proletarischer Solidarität und  
Treuherzigkeit. (Zustimmung.)

In der Nachmittags-Sitzung, die sich bis etwa 9 Uhr hinzog, gab  
zunächst der Vorsitzende Brach Kenntnis von einer

### Eklärung der Fraktion der SPD.

auf die Frage des Kollegen Krumm, wie sie sich zu den gemein-  
schaftlichen Richtlinien des Jenaer Parteitag der SPD. stelle. Die  
Eklärung hat folgenden Wortlaut: Die Richtlinien des Jenaer  
Parteitages für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften  
drückt die Kommunisten nicht zur Durchbrechung des Ver-  
bandsstatuts oder irgendwelcher Verbandsbeschlüsse. Wir halten  
es für unsere Pflicht, die seit Monaten von gewerkschaftlichen Or-  
ganisationen und dem Verband verbreiteten Behauptungen, die  
Kommunisten wollten die Beschlüsse der Organisation durchbrechen  
oder die Gewerkschaften auf Auflösung von Moskau oder ihrer  
Parteiorgane zu zerlegen, als Verleumdung zurückzuweisen. Wir  
erklären aber weiter, daß wir uns nicht das Recht nehmen lassen,  
innerhalb der Grenzen des Verbandsstatuts auf die Änderung der  
nach unserer Meinung falschen Verbandsbeschlüsse hinzuwirken.

Nun wurde zur Erledigung der zum Geschäftsbericht vorliegen-  
den Anträge geschritten. Der größte Teil der Anträge wurde  
durch die beschließende allgemeine Resolution, deren Wortlaut  
von Vertretern der SPD. und USF. noch festgelegt werden soll,  
als erledigt betrachtet. Ein weiterer großer Teil der Anträge wurde  
dem Vorstand zur Berücksichtigung bzw. Erledigung überwiesen.  
Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso ein-  
stimmig wurde beschlossen, dem Vorstand zu beauftragen, folgende  
Forderungen an die zuständigen Stellen zu richten: 1. Aufhebung  
des Belagerungsanlasses, 2. Aufhebung der Sondergerichte, 3. Auf-  
hebung der Exzelle. Mit großer Mehrheit fand der Antrag An-  
nahme, der den Vorstand verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen,

### um die Herstellung von Kriegsmunition und Kriegsmaterial zu verhindern.

Die Generalversammlung trat hierauf in die Statutenberatung ein.  
Die Statutenberatung wurde zum größten Teil mit der  
Statutenberatung abgeschlossen. Die Beiträge wurden in  
der 1. Klasse von 8 auf 4 Mark, in der 2. Klasse von 1,79 auf  
2,50 Mark erhöht. Entsprechend wurden auch die Unterstützungsgel-  
der erhöht. Die Statutenberatung wurde unterbrochen, um den  
Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zur

### Regelung des Vorstandes,

des Ausschusses und der Redaktion zu geben. Die USF. verlangt  
paritätische Zusammensetzung des Vorstandes. Die  
SPD. erhebt auf Grund ihrer Stärke Anspruch auf die Mehrheit  
im Vorstand, die ihr auf dem Verbandstag in Stuttgart genom-  
men worden ist. Sie hat den Vorstand 5 zu 4 gemacht. Es müßte  
dabei ein USF.-Mitglied aus dem Vorstand ausscheiden. Tagelang  
sträubte sich die USF. Es ist möglich, daß eine Verständigung auf  
Grundlage von 6 zu 5 erfolgt. Die gegenwärtige Zusammensetzung  
ist 6 USF. und 8 SPD. Um 4 Uhr wurden die Verhandlungen ab-  
gebrochen und auf 7 Uhr vertagt, da die Fraktionen Sitzungen ab-  
hielten. Die Fraktionsvorstände der SPD. und USF. haben im  
Laufe des Tages eine gemeinschaftliche Entschließung zum Geschäfts-

bericht ausgearbeitet. Diese Entschließung entspricht in ihrem  
wesentlichen Teile der Resolution der SPD. Aus der Resolu-  
tion der USF. wurden die zwei einleitenden Absätze über die  
Kenntnisnahme der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jah-  
ren übernommen. Ferner wurde die Zustimmung zu den Maßnah-  
men des Vorstandes und des erweiterten Beirates zur Aufrichtung  
der gewerkschaftlichen Einheitsfront ausgesprochen. Die Resolution  
wurde mit den Stimmen der Delegierten der SPD. und USF. an-  
genommen. In der Abend Sitzung, die sehr ausgedehnt war, erledigte  
der Verbandstag Beschlüsse, die kein allgemeines Interesse haben.

## Bewerkschaftliches.

Englischer Gewerkschaftskongress und Generalfest. Der  
Gewerkschaftskongress in Cardiff hat mit überwältigender  
Mehrheit einen Antrag abgelehnt, daß im Falle eines  
industriellen Konflikts der Einfluß der Arbeiterschaft zu-  
sammengestellt werden soll, um einen erfolgreichen Ausgang  
des Konflikts sicherzustellen. Der Beschluß des Gewerkschafts-  
kongresses von Cardiff ist für die englische Arbeiterbewegung  
von großer Tragweite. Wie erinnerlich, stand die englische  
Arbeiterschaft bei dem letzten großen Bergarbeiterstreik, der  
ein volles Vierteljahr dauerte, wiederholt vor der Frage, ob  
die Arbeiterschaft der anderen Industrien in den Streik ein-  
greifen sollte, um durch den Generalfest einen Druck auf die  
Bergwerksbesitzer und die Regierung auszuüben. Während  
die Gewerkschaftsführer davon abrieten und auf eine mög-  
lichst rasche und rein wirtschaftliche Lösung des Konflikts  
drangen, versuchte eine Reihe sogenannter „wildes“ Käte,  
die unter den englischen Arbeitern ein nicht zu unterschätzen-  
des Ansehen genießen, die politischen Forderungen in den  
Vordergrund des Kampfes zu schieben und für einen General-  
streik Stimmung zu machen. Die Entschließung von Cardiff  
läßt vermuten, daß nunmehr eine gewisse Ernüchterung ein-  
getreten ist und die gemäßigtere Richtung die Oberhand ge-  
wonnen hat.

Die Bremer Werftarbeiter, die schon seit 5 Wochen im  
Kampfe ausharren, haben in ihrer letzten Versammlung be-  
schlossen, den Streik weiterzuführen. Dieser Beschluß  
erfolgte mit einer Dreiviertelmehrheit. Eine Aufforderung  
ist an sämtliche Arbeiter der Werftindustrie ergangen, sofort  
Betriebsversammlungen einzuberufen, um zum Bremer  
Kampf Stellung zu nehmen und die Kollegen nicht nur finan-  
ziell zu unterstützen, sondern auch überall in den Kampf  
einzutreten.

Mit planwirtschaftlichen Untersuchungen beschäftigt sich  
Nr. 10 der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zunächst wird die steuerliche  
Erfassung der Ertragnisse aus den Sachwerten in einer Plan-  
wirtschaft aufgezeigt und die gemeinwirtschaftliche Regelung  
des Wohnungswesens dargestellt. Ganz besondere Beachtung  
wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“  
finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Aus-  
führungen des Generaldirektors Dr. Duisberg und Baurats  
Dr. Kösters zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu  
den Forderungen der Arbeiterschaft stehen. Die Entwicklung  
und die heutige Organisation der Rastindustrie schildert ein  
sehr interessanter Beitrag; „Neues aus den Betriebswissen-  
schaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz  
und Recht“ erscheint wieder eine große Zahl ausgewählter  
Schlechtsprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind.  
Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses  
an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte  
zeigt dieses Mal Südafrika und vervollständigt die Samm-  
lung. Die „Betriebsrätezeitung“ kann jedermann bei der  
Post, vierteljährlich 3 Mk. bestellen. Durch die Organisation  
ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder er-  
hältlich.

## Soziales.

Fortbildungskursus für gemeinnützige Rechtsauskunft.  
Vielsachen Wünschen entsprechend wird das Soziale Museum,  
Frankfurt a. M., Universität, seinen 11. Fortbildungskursus  
für Kommunal- und Sozialbeamte, insbesondere für Leiter  
und Mitarbeiter von Einrichtungen gemeinnütziger Rechts-  
auskunft in den Tagen von Montag, den 10., bis Sonn-  
abend, den 22. Oktober d. Js., wiederholen. Zum Zwecke

gründlicher Arbeit wird sich der Kursus auch diesmal wä-  
derum auf das Bürgerliche Recht und den Zivilprozeß be-  
schränken. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird baldige  
Anmeldung empfohlen. Das Programm ist vom Sozialen  
Museum zu beziehen.

Schule und Beruf. Für den 6. und 7. Oktober 1921  
beruft der Bund entschiedener Schulreformer nach Offenbach  
am Main eine öffentliche Tagung ein, die zu der immer  
brennender werdenden Frage der Berufsschule neue Vor-  
schläge bringen wird. In der einleitenden Abendversamm-  
lung am 6. Oktober wird Karl Bröger der in der Mechan-  
sierung und Entfesselung des modernen Arbeitsprozesses be-  
gründeten Berufsnot der erwerbstätigen Jugend Ausdruck  
geben und am folgenden Tage werden sechs Vorträge be-  
deutender Fachleute die wirtschaftlichen und kulturellen  
Probleme behandeln.

## Aus aller Welt.

Wegen Hochverrats verurteilt. In München verurteilte  
das Volksgericht den Landtagsabgeordneten Fischer-Mün-  
berg, der in einer Versammlung der Unabhängigen die an-  
geblich bevorstehende Ausrufung der Republik Franken an-  
gekündigt hatte, auf Grund des Hochverratsparagrafen zu  
einem Jahr drei Monaten Festung.

Messerscherei bei einer Fahnenweihe. In Stettin kam  
es am letzten Sonntag aus Anlaß der Fahnenweihe des Ver-  
eins der ehemaligen Pioniere zu blutigen Zusammenstößen.  
Ein alter Veteran wurde mit einem Messer bearbeitet, sodaß  
er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Herbeigeeilte  
Polizei zerstreute die Menge.

Wahnsinnstat auf hoher See. Auf dem amerikanischen  
Dampfer „George Washington“ ereignete sich auf hoher See  
ein aufsehenerregender Zwischenfall. Ein Passagier der  
ersten Klasse wurde plötzlich wahnsinnig und erschoss seinen  
Kabinengenossen, verwundete einen andern und setzte seinem  
Leben schließlich durch einen Schuß in den Mund ein Ziel.  
Wier andere Passagiere entkamen durch schnelle Flucht auf  
das Oberdeck.

Festlicher Nord durch schwarze Soldaten. Am 9. September  
spät abends wurde in Saarlouis zwischen der Wellerfanger Fähre  
und dem Stadtwald ein junger Mann namens Winter aus Saar-  
louis II (Neben) überfallen, durch mehrere Messerstücke schwer  
verletzt und seiner Barockschmuck und Wertgegenstände beraubt. Nach  
12 Uhr nachts fanden ihn Passanten und schafften ihn nach dem  
Hospital. Der Schwerverletzte konnte noch unter eidesstattlicher  
Versicherung aussagen, daß zwei Schwarze (man versteht darunter  
im Saargebiet wie auch im besetzten Rheinlande sämtliche afrikan-  
schen Soldaten, auch die Nordafrikaner) ihn überfallen und nieder-  
geschossen haben. Auf der Erde liegend, habe er noch gespürt, wie  
der Täter ihm das Messer langsam in die Brust hineinsteckte  
habe, um ihn vollends zu töten. Winter ist seinen Verletzungen er-  
legen. — Ein weiterer Überfall durch farbige ereignete sich am  
5. September gelegentlich des Festes der Freien Bauernschaft in  
Kautskautern zu dem auch mehrere Sildorfer Bürger erschienen  
waren. Zwei derselben machten sich abends in angetrunkenem Zu-  
stande auf den Heimweg. Zwei Schwarze benutzten die günstige  
Gelegenheit, in einer stillen Ecke über die beiden Sildorfer herzu-  
fallen und sie völlig auszuplündern. Die Heberfallenen erstatteten  
Anzeige auf der französischen Kommandantur, wo ihnen die typische  
Frage vorgelegt wurde, die in solchen Fällen von den französischen  
Militärbehörden stets gestellt wird: Wer waren die Täter? Diese  
Frage konnte natürlich nicht beantwortet werden und so mußten  
die Heberfallenen unverrichteter Sache wieder abziehen.

Wo das Handels-U-Boot „Deutschland“ abgeblieben ist  
über den Verbleib des U-Boots „Deutschland“ ist während  
der letzten Kriegsjahre und auch nach dem Kriege nichts be-  
kannt geworden. Nach dem Friedensschluß mußte das  
Boot an die Entente zur Ablieferung kommen und ist dann  
England zugesprochen worden. Jetzt liegt eine Meldung aus  
London vor, daß das Boot am 10. September in Birken-  
head durch eine Explosion vernichtet ist. Als man damit be-  
schäftigt war, die inneren Teile aus dem Fahrzeug zu ent-  
fernen, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion, die das ganze  
Boot auseinander riß. Von dem hierbei beschäftigten Schiff-  
bauern und Maschinenarbeitern sind drei Personen getötet  
und eine ganze Anzahl schwer verletzt worden, wovon einige  
mit dem Tode ringen. Von dem ganzen Boot ist nichts als  
altes Eisen übrig geblieben.

## Wilhelm II. Hollandfahrt.

Frau Suzanne Tornley, die Gattin des ehemaligen  
englischen Gesandten im Haag, veröffentlicht nach den An-  
gaben des in Betracht kommenden Grenzsoldaten in der  
letzten Nummer der englischen Wochenschrift „Weekly Dis-  
patch“ eine genaue Darstellung der Umstände, unter denen  
der Grenzoffizier Wilhelm II. vor sich gegangen ist. Es  
heißt in dem Artikel:

„Der Grenzsoldat an der Station Epsdam hatte in jener  
Nacht Dienst. Morgens um 17 Uhr näherte sich dem Sta-  
tionshaus in schneller Fahrt von der belgischen Seite ein  
Auto. Am Tor hielt es. Dem Auto entstieg ein deutscher  
Offizier, der an den Soldaten die Aufforderung richtete, den  
Wagen passieren zu lassen.

„Das geht nicht“, erwiderte der Soldat.

„Ich muß die Durchfahrt verlangen“, sagte der Offizier.  
„Der deutsche Kaiser ist hier und man kann ihn nicht davon  
abhalten, keine Reise nach Holland fortzusetzen.“

Dem Soldaten erschien die Erklärung des Offiziers, der  
deutsche Kaiser wolle nach Holland kommen, unglaubwürdig  
und er gab seinem Zweifel auch Ausdruck. Er wiederholte,  
daß er überhaupt keinen deutschen Offizier durch das Tor  
lassen dürfe. In diesem Augenblick stieg noch ein zweiter  
Offizier aus dem Wagen und kam an die beiden heran.

„Ich möchte sofort die Grenze passieren“, (Die Angst!  
D. Red.) sagte dieser. „Sie kennen mich sicher, ich bin der  
deutsche Kaiser.“

Bei schärferem Zusehen erkannte der Grenzsoldat in  
diesem Offizier tatsächlich den Kaiser. Er beharrte aber auf  
seinem Standpunkt, daß er seine Pflicht nicht verletzen dürfe,  
indem er irgendeinen Deutschen passieren ließe. Er sagte:  
„Ich sehe, daß sie tatsächlich der Kaiser sind, aber meine Ordre

erlaubt mir nicht, jemand die Durchfahrt zu gestatten.“ Hier-  
auf der Kaiser: „Wer ist ihr Vorgesetzter?“ — „Mein Haupt-  
mann.“ — „Wo ist er?“ — „Dort drüben in der Wacht-  
stube.“ — Der Soldat zeigte auf ein weißes Häuschen, das  
ein Stück davon lag. „Mein Hauptmann schläft jetzt.“ —

„Rufen Sie ihn und sagen Sie ihm, daß der deutsche  
Kaiser hier ist und die Grenze passieren möchte.“ — „Ja-  
wohl, ich werde ihn rufen! Vorher muß ich aber das Tor  
schließen!“ sagte der unbeirrbar Holländer. Er ging hin-  
über und eröffnete seinem Hauptmann, daß der deutsche  
Kaiser ihn sprechen wolle. Der Kaiser warte auf der bel-  
gischen Seite. Nunmehr wiederholte der Hauptmann dem  
Kaiser und seinem Begleiter, was sie von dem Soldaten be-  
reits gehört hatten: Ohne ausdrückliche Genehmigung könne  
man den Deutschen nicht erlauben, holländisches Gebiet zu  
betreten. Er werde sich aber sofort aus dem Haag telephoni-  
sche Informationen erbitten. Nunmehr wandte sich der  
Hauptmann an den Stationsvorsteher, ob er die Verantwor-  
tung übernehmen wolle, daß der Kaiser auf den Bescheid von  
Haag innerhalb der Station marie. Die Genehmigung  
wurde erteilt, das Tor öffnete sich und der kaiserliche Flücht-  
ling betrat den holländischen Boden, wo er seinen Begleiter  
abgab. Wilhelm II. wartete 8 Stunden, während der  
Hauptmann nach dem Haag telephonierte, daß der Kaiser sich  
in Holland befinde, um vor seinem Volke Schutz zu suchen.

### Wenn er betet...

Karl: „Mutter, kauf mir doch, bitte, ein Stück Schoko-  
lade.“

Mutter: „Es geht nicht, mein Junge, ich habe kein Geld.“

Karl: „Mutter, bin ich ein schlechter Junge?“

Mutter: „Nein, nein, das bist du nicht. Ich würde dir  
sehr gern mal die Freude machen, aber, Kind, quäle mich

doch nicht so, ich habe kein Geld zu Schokolade, es reicht ja  
kaum zu Brot.“

Karl: „Der Lehrer sagte uns das Gute käme von Gott,  
wir müßten ihn nur fleißig darum bitten, und wenn wir gut  
und brav sind, dann erfüllt er unsere Bitte. Ist das denn  
nicht wahr, Mutter?“

Mutter: „Doch, mein Junge.“

Karl: „Emil Schulz ist alle Tage Schokolade und der ist  
gar nicht gut, die Kinder laufen alle fort von ihm.“

Mutter: „Laß ihn, du wirst auch noch welche bekommen.“

Karl: „Ich habe ihn heute gefragt, was er dem lieben  
Gott sagt, wenn er gern Schokolade haben will, da er so viel  
bekommt und ich keine, trotzdem ich alle Tage darum bitte.  
Erst hat er schrecklich gelacht und mich einen dummen Bengel  
genannt, aber nachher sagte er, ich sollte nur fleißig weiter  
beten, desto mehr könnte er Schokolade essen.“

Mädchenhafte Artfengagen. Sylvester Schäffer wird  
nach jahrelanger Abwesenheit von Deutschland (und nachdem  
er in diesem Jahre lediglich im Film tätig war) im nächsten  
Jahre zum ersten Male wieder im Varietés auftreten. Er ist  
für den Berliner Ufa-Palast mit einer Monatsgage von  
450 000 Mark verpflichtet. Das ist die höchste Gage, die je-  
mals an einem deutschen Varietés gezahlt wurde. Sylvester  
Schäffer füllt dafür allerdings auch ein ganzes Abendpro-  
gramm aus. Die zweitöchste Gage kommt auf die Schön-  
heitsstängerin Cilly de Rheydt, die jetzt im Berliner Nelson-  
Theater in einem Monat 100 000 Mark erhält, wovon sie  
allerdings auch ihr Ballett zu unterhalten hat. Die dritt-  
öchste Gage sind 90 000 Mark, die jetzt Otto Reutter für je  
ein Monatsengagement im Frankfurter Schumann-Theater  
und in dem neuen Berliner Alhambra-Varietés erhält.



Neu eröffnet!

# Tuchhaus Siegfried Friedländer

Nr. 4

Schmiedegasse

Nr. 4

Verkauf nur fachmännisch geprüfter bester Qualitätswaren zu sehr vorteilhaften Preisen!!

Durch Angliederung an eines der größten und bedeutendsten Einkaufshäuser des Ostens ist es mir ermöglicht, die hervorragendsten Fabrikate aus erster Hand zu beziehen. Eine unverbindliche Besichtigung meiner großen Lagerbestände in

## Herren-Anzug-, Paletot- und Ulsterstoffen, Damen-Kostüm- und Mantelstoffen sowie Futtersachen

wird Sie von meiner Leistungsfähigkeit überzeugen!!

Ich bitte um Ihren werten Besuch!

# Eröffnung Mittwoch früh 9 Uhr

(5135)

Am Sonntag, den 18. September, 4 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

## Heinrich Kelpin

im Alter von 52 Jahren.

Die Hinterbliebenen:

Frau Agathe Kelpin  
geb. Ohlander  
nebst Kindern.

## Wintergarten

Olivvaar Anfang 7<sup>30</sup> Uhr Telefon  
Tor 10 1925

Direktion: Arthur Löwinochn.

Heute, Dienstag, ringen:

Jan Jaago gegen Jwan Petrowitsch  
Estland 110 Kilo gegen Rußland 121 Kilo

John Roepell gegen Jack Wilde  
Danzig 125 Kilo gegen Sibirien

Entscheidungskampf

Fehringler gegen Hans Schwarz  
Amerika 132 Kilo gegen Deutschland 129 Kilo

(5137)

## Schützenhaus

Sonntag, den 24. September, 8 Uhr und  
Sonntag, den 25. September, 7 1/2 Uhr:

Prolongiert wegen sensationellen Erfolges!

## Russisches Ballett Injia Zarifah

20 Mitwirkende. 20 Mitwirkende.

Eigenes Balalaika-Orchester  
Eigene Bühnen-Dekoration

Karten ab heute Zigarrengeschäft  
Krüger & Oberbeck, am Stadttheater.  
5135



Mampediktiner ist nicht ohne,  
Er schmeckt dem Vater wie dem Sohne.

In Mampes Tiefem Keller  
Jopengasse 59

Mampes Gute Stube, Töpfergasse 33  
Mampes Gute Stube, Zoppot, Park-Hotel  
(5143)

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 20. September, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten D 1.

### Der Better aus Dingöda

Operette in drei Akten von Hermann Haller und  
Rideamus. Musik von Edward Künneke.  
Szenische Leitung: Erich Sterned.  
Musikalische Leitung: Ludwig Schiefl.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. Die  
Stützen der Gesellschaft. Schauspiel

Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2.  
Neu einstudiert! Das Raufhäger von Granada.  
Romantische Oper in 2 Akten von Conradin  
Areyher. Hierauf: Ballett.

Freitag, abends 5 1/2 Uhr: Dauerkarten B 2. Trikan  
und Holbe.

Sonntag, abends 6 Uhr: Dauerkarten C 2. Er-  
mäßigte Preise. Neu einstudiert! Hamlet.

## Neues Operetten-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Dienstag, den 20. Sept., abds. 8 1/2 Uhr:

### 3. Gastspiel Ludwig Hartau

vom Theater in der Königgräher Straße  
in Berlin:

### „Totentanz“

1. und 2. Teil. Drama von Strindberg.  
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.

Morgen, Mittwoch, d. 21. Sept., abds. 7 1/2 Uhr:

### „Die keusche Susanne“

Operette in 3 Akten von Georg Odonowski.  
Musik von Jean Gilbert.

Verkauf im Warenhaus Orly Freyman, Kohlmarkt  
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
an der Theaterkasse. (4926)

## Gedania-Theater

Schlesseldamm 53/55 (5141)

Ab heute! Nur bis einsch. Freitag.  
Sie werden staunen über den hervorragenden und  
großen Spielplan!

### Auf den Trümmern des Paradieses!

Sensations-Drama in 6 Akten.  
Hauptdarsteller: Meinhard Maur, Carl de Vogt

### Apachenrache

Aus den Archiven eines Detektivbüros. In 5  
Personen. Kopie n. D. v. J. John Hopkins

# BORG



FÜR  
QUALITÄTS RAUCHER

# STAMBUL

5145 mit Kork und Gold

Kleide dich billig, elegant!

Im Leihhaus Milchkanengasse 15, 1. Trepp.

Jackett- und Sport-  
Anzüge, Outways,  
gute Stoffe, elegante Passform,  
billige Preise. (4170)  
Keine Lombardwaren.

Höchstleistung in Qualität und Preiswürdigkeit

## Zigarren

für jeden Geschmack in  
denkbar größter Auswahl

in den Preislagen von M. 0,60 bis 14,00 das Stück bietet Ihnen

## Zigarren-Schmidt

nur Hundegasse Nr. 14, gegenüber der Hauptpost

Stark gearbeitete Challe-  
longue, Plüschsofa und  
Stuhlgarnitur verk. billig  
Arends, Tapezierer,  
5142) Ferberweg 20.

### Stylschäferhündin

8 Monate alt, (5107)  
1 Schreibisch, 1 großer  
Spiegel, 1 alter Kleider-  
schrank, 1 Tisch u. 1 Patent-  
Sofa verkauft Krause,  
Hühnergasse 48, Boden.

### Stenographie

Einzelunterricht 497  
Tages- u. Abendkurse.  
Otto Siebe, Holzmarkt.

### Stenographie

Maschinenschreiben  
M. Streock, Lehrerin  
5127) Hansaplatz 2b.

## Billiges Möbelangebot!

Eichen Schlafzimmer, Büfett, Anrichte,  
Schreibische, Speiseische, Leberstühle,  
Klubb- und andere Sofas, Chaiselongue,  
Bettsstelle, Ausziehtische, Schränke,  
Vertikals, Küchenrichtungen, Rohr-  
stühle u. and.

Eisenberg, Danzig, Fischmarkt 7

## Zahnarzt Dr. Guth

jetzt nur Langermarkt Nr. 36, 2.

Ecke Kürschnergasse, neben (5119)  
Bankgeschäft Meyer & Gelhorn.  
Sprechzeit 9—1 und 3—6. Fernsprecher 4068.

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.

## Ueberzeugen Sie sich

durch zwanglosen Besuch von meinen noch  
wirklich billigen und realen Angeboten.

Herren-Anzüge in allen modernen Formen  
u. Farben, aus best. Stoffen, 180.00  
la Verarb. 750.-, 675.-, 600.-, 550.-, 450.-, 350.-

Blaue Einsegnungs-Anzug  
Anzüge aus reinwollenem Kammgarn-  
Cheviot 375.00

Herren-Anzug prima Cheviot-Qualität,  
zweireihig 450.00

Herren-Anzug a. prima rein-  
wollenem Kammgarn, ein- und  
zweireihig, best. Ersatz f. Maß 750.00

Kammgarn-Anzug, extra  
pa. Qual., neueste einr. Form,  
garant. Maßverarbeitung 850.00

Eleganteste Maßanfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz.

Ulster, Schüpfen, Raglans, Winterjoppen, Gummi-  
mäntel, Cutaways, gestreifte Hosen enorm billig.

Leo Czerninski, Schidaugasse 25, III Trp.  
Kein Laden. — Kein Personal.